



WTO-Verhandlungen: Zollsenkungen bedrohen Millionen von Industriearbeitsplätzen in Entwicklungsländern!

Die Welthandelsorganisation (WTO) schlittert immer tiefer in die Krise. Ein Sondertreffen der Wirtschaftsminister am 30. Juni 2006 in Genf musste ohne Ergebnis abgebrochen werden. Die 149 WTO-Mitgliedsländer konnten ihre Differenzen über die weitere Liberalisierung der Weltmärkte nicht überbrücken. Bei dem Streit geht es einerseits um den Abbau von Agrarsubventionen der reichen Industrieländer. Andererseits verlangen die Industrieländer von den Entwicklungsländern, ihre Zölle bei Industriegütern drastisch zu kürzen. Gerade das könnte für viele Entwicklungsländer zur Katastrophe für ihre Industriearbeitsplätze werden. Zu Recht fordern Metallgewerkschaften aus Südafrika und Südamerika jetzt die Solidarität der Gewerkschaften im reichen Norden ein.

Schrankenlose Märkte für multinationale Unternehmen

Mit der gescheiterten WTO-Ministerkonferenz in Seattle im Jahr 1999, bei der es auch zu einigen spektakulären Straßenschlachten kam, geriet die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) zum ersten Mal ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit. Seither haben entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gewerkschaften die WTO zu einem internationalen Kampagnenschwerpunkt gemacht. Zu Recht; denn kaum eine internationale Organisation hat soviel Einfluss auf das Gesicht der Globalisierung wie sie.

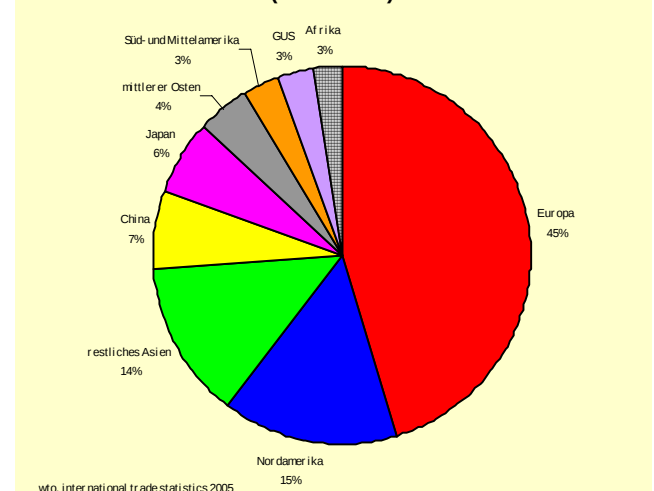
Schon unter ihrer Vorgängerorganisation - dem Internationalen Handelsabkommen GATT - waren die weltweiten Zollsätze erheblich reduziert worden. Sowohl die deutschen Unternehmen als auch die deutsche Volkswirtschaft haben davon erheblich profitiert. Deutsche Exporte waren gerade in den letzten Jahren der Hauptfaktor, der die schlappe bundesdeutsche Konjunktur überhaupt noch am laufen hielt. So exportierte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2005 Waren im Wert von 786 Milliarden Euro und erzielte einen Handelsbilanzüberschuss von 160 Milliarden Euro. Automobilindustrie, Maschinenbau und die anderen Metallbranchen zählen zu den exportstärksten deutschen Wirtschaftszweigen.

Nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle wurde 2001 in Doha ein neuer Anlauf zu einer weiteren Liberalisierungsrunde für den Welthandel unternommen. Diesmal gelang es mit Ach und Krach, eine neue Verhandlungsrunde einzuläuten, die nach dem Willen der USA und Europas unbedingt Ende dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen werden soll; denn 2007 läuft das Verhandlungsmandat des US-Präsidenten aus. Die Doha-Verhandlungsrunde wird von der WTO beschönigend als „Entwicklungsrunde“ bezeichnet. In Wahrheit jedoch haben die Industrieländer, vor allen die USA und die EU-Staaten, nur ei-

nen neuen Großangriff auf die Märkte der Entwicklungsländer vor.

Gerade die Verhandlungen über den Marktzugang bei nicht-landwirtschaftlichen Gütern (Non Agricultural Market Access, NAMA), zu denen vor allem Industriegüter - aber auch natürliche Ressourcen - zählen, sind für uns als IG Metall von besonderer Bedeutung.

Welthandelsanteile bei Industriegütern 2004 (in Prozent)



Ihr überragender Welthandelsanteil reicht den europäischen und deutschen Unternehmen und ihren Regierungen noch nicht. Sie wollen über die WTO ihren Zugriff auf die Märkte der Entwicklungsländer bei Industriegütern noch weiter verbessern.

Bei den NAMA-Verhandlungen nehmen die Industrieländer die noch bestehenden höheren Schutzzölle der Entwicklungsländer ins Visier. Während die Industrieländer ihre Höchstzölle auf Industrieprodukte im Durchschnitt der Branchen schon auf drei bis vier Prozent heruntergefahren haben, liegen die Höchstzölle der Entwicklungsländer im Durchschnitt noch bei

29 Prozent. In einzelnen Ländern und bei einzelnen Produkten sind die Maximalzölle noch weit höher.

Drastische Zollsensungen gefährden Millionen von Arbeitsplätzen

Deshalb verlangen die Industrieländer von den Entwicklungsländern unter anderem:

- drastische Zollsensungen nach einer „nicht-linearen Formel“, bei der die höheren Zölle der Entwicklungsländer stärker reduziert werden müssen als die der Industrieländer;
- den Abbau von Zöllen in bestimmten Industriebranchen. Davon wären im Metallbereich zum Beispiel elektronische Produkte sowie Teile und Komponenten für die Automobilindustrie betroffen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat kürzlich eine Studie veröffentlicht, bei der die geforderten Zollsensungen für 13 mittlere Entwicklungsländer besonders unter die Lupe genommen wurden. Ergebnis der IBFG-Studie: Die Entwicklungsländer müssten ihre Zollobergrenzen um 70 Prozent, Industrieländer aber nur um 20 bis 25 Prozent senken, wenn die Forderung der Industrieländer befolgt würde!

IBFG-Studie: Anforderungen an Zollsensungen in Entwicklungsländern nach Produktbereichen

Branche	Geltender Durchschnittszoll	Beabsichtigte Zollsensung
Argentinien		
Bekleidung	20,0 %	47 %
Maschinenbau	8,2 %	-
Autoteile	27,9 %	62 %
Möbel	17,7 %	41 %
Indonesien		
Bekleidung	14,9 %	30 %
Maschinenbau	1,9 %	-
Autoteile	29,0 %	61 %
Möbel	11,3 %	4 %
Südafrika		
Bekleidung	39,0 %	71 %
Maschinenbau	20,0 %	51 %
Autoteile	33,0 %	65 %
Möbel	20,0 %	55 %

Wenn Zollsensungen sich in so einem Riesensprung vollziehen müssen, kann das verheerende Folgen für die heimische Industrie vieler Entwicklungsländer haben. Viele Länder, vor allem Südafrika, sorgen sich, dass heimische Unternehmen durch den plötzlichen Wettbewerbsschub in den Ruin getrieben werden. Dadurch werden Arbeitsplätze und Einkommen zerstört statt Wachstum und Beschäftigung geschaffen. Viele Entwicklungsländer haben gerade einen Prozess der industriellen Diversifikation gestartet, der ihnen helfen soll, von der einseitigen Abhängigkeit von einigen wenigen Produkten fortzukommen.

Jetzt wollen die Regierungen der Industrieländer den Entwicklungsländern die Leiter zum wirtschaftlichen Erfolg unter den Füßen wegtreten. Sie selbst dagegen haben ihre Wirtschaften jahrzehntelang hinter Zöllen

und anderen Schutzmauern wachsen lassen. Zollsensungen haben den Effekt, dass auf den heimischen Märkten die Preise importierter Waren, von Autos bis zu Textilien, sinken. Einheimische Unternehmen geraten unter stärkeren Wettbewerbsdruck - sei es durch Bekleidung aus China oder Autoimporte aus Deutschland.

Um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben, ist zu erwarten, dass die Unternehmen in vielen Entwicklungsländern versuchen, ihre Arbeitskosten weiter zu senken. Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen sind vorprogrammiert. Das ist kontraproduktiv. Ein WTO-Abkommen, das die Wachstumschancen der Entwicklungsländer hemmt, verschlechtert in einer globalisierten Wirtschaft in gravierender Weise auch die Situation der arbeitenden Menschen.

Zeit für Internationale Solidarität!

Der Generalsekretär des Südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbands COSATU, Zwelinzima Vavi, und die Gewerkschaften aus Südamerika haben einen dringenden Notruf an die Gewerkschaften des Nordens gerichtet.

Der IBFG, die Global Unions und die IG Metall haben reagiert und eindeutig Partei ergriffen. Sie verlangen von den Mitgliedsregierungen der WTO eine wirkliche Entwicklungsrunde und die Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen. So erwartet zum Beispiel die IG Metall von der deutschen Bundesregierung einen deutlichen Kurswechsel ihrer bisherigen Politik gegenüber den Entwicklungsländern in der WTO:

IG Metall lehnt Zollsensungen ab

„Nach Meinung der IG Metall rechtfertigen die Exportinteressen der Industrieländer, namentlich der deutschen Industrie mit ihren hohen Handelsbilanzüberschüssen, nicht den gegenwärtig im Rahmen der WTO auf Entwicklungsländer ausgeübten Druck. Starke Zollsensungen können die lokale Industrie in Entwicklungsländern, ihre Handelsbilanzen und die Staatseinnahmen - mithin zentrale Elemente ihres Entwicklungsweges - empfindlich schädigen und sich verheerend auf die wenigen Industriearbeitsplätze der mittleren Entwicklungsländer auswirken,“ so die IG Metall in einem Brief des Ersten Vorsitzenden Jürgen Peters und des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Wolfgang Rhode an Wirtschaftsminister Michael Glos.

Unabhängig davon, ob es in diesem Jahr noch zum Abschluss der Doha-Runde kommt: Die WTO und die Liberalisierungswünsche der Marktradikalen werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in aller Welt noch lange zu schaffen machen.

Die IG Metall ist deshalb Mitträgerin der Aktion „Gerechtigkeit Jetzt!“ Die Aktion setzt sich für einen fairen Welthandel ein. Metallerinnen und Metaller können sich dort an Aktionen gegen die neoliberale Globalisierung beteiligen. Unter www.gerechtigkeit-jetzt.de ist Material zur Aktion „WTO-Weltweit Taube Ohren?“ zu finden.